



Niederschrift

Gremium			
Schul- und Sportausschuss			16. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide			28.05.2009
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
14.05.2009		17:00 Uhr	20:05 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Fernholz, Wilfried SPD

Ratsmitglieder CDU

Alefelder, Stephan CDU

Heedt, Rudolf	CDU
---------------	-----

Meier, Oskar	CDU
--------------	-----

Peppinghaus, Yvonne	CDU
---------------------	-----

Ratsmitglieder SPD

Berges, Günter	SPD
----------------	-----

Beyer, Christoph	SPD
------------------	-----

Meckel, Birgit	SPD
----------------	-----

ab 19:30 Uhr abwesend

Ratsmitglieder FDP

Rittel, Jürgen	FDP
----------------	-----

Sachkundige Bürger CDU

Raffel, Simone	CDU
----------------	-----

Rein, Gaby CDU

Sachkundige Bürger SPD

Kramer, Harald SPD

Vertretung für Herrn Hol-
ger Köppen

Sachkundige Bürger FDP

Heringer, Reimund	FDP
-------------------	-----

Sachkundige Bürger UWG

Kreßner, Manfred UWG

beratende Mitglieder

Bielecke, Michael

Khaliji, Erika

Krug, Wolfgang

Roth, Franz-Rudolf

Uelner, Susanne

fraktionslos

fraktionslos

fraktionslos

fraktionslos

fraktionslos

ab 19:00 Uhr abwesend
Vertretung für Herrn Peter Pietschmann

Es fehlten:Ratsmitglieder CDU

Neumann, Henner

Tokarski, Jörg

CDU

CDU

Vertretung für Herrn
Henner Neumann

Sachkundige Bürger SPD

Köppen, Holger

SPD

beratende Mitglieder

Backwinkel, Johannes

fraktionslos

Vertretung für Herrn
Gerd-Willi Bergers

Bergers, Gerd-Willi

fraktionslos

Pietschmann, Peter

fraktionslos

von der Verwaltung

Herr Eggert

Herr Garn

Frau Radermacher

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Schul- und Sportausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	OGS Marienheide; Bericht über die Arbeit der Ganztagsbetreuung	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Fernholz Frau Bilstein-Metten (Leiterin der OGS) und Frau Brabender (Betreuerin der OGS).

Die Leiterin der OGS trägt eine kurze Darstellung des Tagesablaufes vor und teilt dem Ausschuss weiter mit, dass derzeit 29 Kinder der KGS Marienheide und 30 Kinder der GGS Marienheide betreut werden. Die Höchstanzahl der zu betreuenden Kinder sei somit erreicht, jedoch werde aufgrund der Entwicklung bei den Klassenstärken keine 3. OGS-Gruppe erforderlich werden.

Für das Schuljahr 2009/2010 liegen zurzeit 9 Anmeldungen und 12 Abmeldungen vor.

2	Bericht zur aktuellen Haushaltssituation für den Bereich Schul- und Sportverwaltung	Drucksache Nr.
----------	--	----------------

Herr Eggert teilt mit, dass das Innenministerium NRW im März diesen Jahres einen Leitfaden entwickelt habe, der Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung aufzeige. Ziel sei es gewesen, allen Kommunalaufsichtsbehörden in NRW einen einheitlichen Maßstab für ihre Aufsichtspraxis zu geben. Dieser Leitfaden beinhalte neue verschärfte Regelungen für Kommunen in der Haushaltssicherung.

Weiter führt er aus, dass der Gemeinde Marienheide die Überschuldung drohe. Von einer drohenden Überschuldung ist auszugehen, wenn eine Gemeinde in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ihr Eigenkapital vollständig aufbraucht. Die Überschuldung einer Kommune ist gesetzlich verboten. Tritt dennoch die Überschuldung ein, liege ein rechtswidriger Zustand vor. Die nicht gesetzeskonforme Haushaltswirtschaft führe dazu, dass die Haushaltssatzung nicht bekannt gemacht werden darf und die Gemeinde solange der vorläufigen Haushaltsführung unterliege.

Da der Gemeinde Marienheide eine Überschuldung bzw. der Eigenkapitalverzehrung droht, wird von der Kommunalaufsicht für alle Ausgaben eine Haushaltsführung strikt nach den gesetzlichen Bestimmungen für die vorläufige Haushaltsführung gefordert. Dies bedeutet, dass vor jeder Auftragserteilung zu prüfen und zu dokumentieren ist,

- ob eine rechtliche Verpflichtung für die Entstehung der Aufwendung oder Leistung besteht,
- aus welcher Vorschrift sich die rechtliche Verpflichtung ergibt und
- ob die Aufwendung/Auszahlung für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar ist.

Eine Prüfung sollte auch bei geringen Beträgen erfolgen. Die Dokumentation und Vorlage bei der Kämmerei bzw. der Kommunalaufsicht ist jedoch nur bei Aufwendungen erforderlich, die nicht dem allgemeinen Dienstbetrieb dienen bzw. wenn es sich um investive Auszahlungen handelt.

Für den nichtinvestiven (konsumtiven) Bereich der Schulen bedeutet dies somit, dass eine Dokumentation und Vorlage bei der entsprechenden Stelle entbehrlich ist, wenn es sich um Aufwendungen/Auszahlungen handelt, die für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Schulbetriebs notwendig sind. Im Bereich des Schulsports fallen hierunter beispielsweise die Unterhaltungsleistungen (Reparaturen) der für den Schulsport benötigten Sportgeräte.

Für den investiven Bereich der Schulen bedeutet dies im Gegensatz zu vergangenen Jahren, in denen die Mittel der Schulpauschale zur Bewirtschaftung frei gegeben waren, dass - mit Ausnahme der Leistung von Aufwendungen/Ausgaben, die für die Weiterführung notwendiger/begonnenen Aufgaben unaufschiebbar sind – jeweils eine Einzelfreigabe einzuholen ist. Die Auswirkungen betreffen somit alle Bereiche, auch die aus Schulpauschalmittel bewirtschafteten Projekte.

Des Weiteren gibt es kein Kontingent freiwilliger Ausgaben mehr.

Herr Roth äußert seinen Unmut über die Handhabung bei zukünftig anstehenden Bedarfen.

Verwaltungsseitig wird nochmals deutlich gemacht, dass man sich an die neuen haushaltsrechtlichen Vorgaben zu halten habe.

3	Betreuung IT Ausstattung; Umfang First-Level- und Second-Level-Support	Drucksache Nr. BV/059/09
----------	---	------------------------------------

Herr Garn verweist bezüglich der Leistungen des First- und Second-Level-Supports auf die der Sitzungsvorlage beiliegende Orientierungshilfe der Medienberatung NRW. Er informiert den Ausschuss darüber, eine Umfrage bei den Kreiskommunen habe ergeben, dass von den einzelnen Kreiskommunen der Second-Level-Support sehr unterschiedlich gehandhabt wird, Marienheide jedoch bezüglich des Leistungsumfangs durch den mit der GKD für den Second-Level-Support abgeschlossenen Vertrag kreisweit mit an der Spitze liege. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass die GKD oftmals auch Leistungen des First-Level-Supports, der Aufgabe der Schulen sei, erbringe, wird auch aufgrund finanzieller Aspekte keine Ausweitung des zeitlichen Leistungsumfangs für den Second-Level-Support vorgenommen. Derzeit steht im Rahmen des sogenannten „Server Checks“ ein Zeitrahmen von drei Stunden pro Server und Monat für den Second-Level-Support zur Verfügung. Des Weiteren können durch die ADV-Mitarbeiter des Rathauses mangels freier Kapazitäten darüber hinaus keine Second-Level-Support Arbeiten geleistet werden. Da die Durchführung des First-Level-Supports Aufgabe der Schulen ist, wird die GKD angehalten, ab dem Schuljahr 2009/2010 nur noch Arbeiten des Second-Level-Supports durchzuführen.

Herr Krug sieht das Problem bei der GKD eher darin, dass die Zeitabstände, in denen die GKD vor Ort ist, zu groß sind. Akute Probleme könnten in dem je Ortstermin zur Verfügung stehenden Zeitrahmen oftmals nicht behoben werden. Dann wurde auf den nächsten Termin verwiesen.

Herr Eggert sichert zu, verwaltungsseitig auf die GKD zuzugehen und zum Ausdruck zu bringen, dass im Falle bestehender akuter Probleme diese kurzfristig, notfalls in einem weite-

ren zeitnahen Ortstermin, als Zusatzleistung über den vereinbarten Stundenrahmen hinaus zu beheben sind.

Nach eingehender Diskussion bittet Herr Rittel die Verwaltung zu prüfen, ob nicht ortsnahe Firmen den Second-Level-Support erbringen können.

Herr Eggert sagt zu, diesbezüglich auf die ortsansässigen Firmen zuzugehen, sieht jedoch die GKD aufgrund deren Leistungsniveaus als guten Partner an.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, zwei Enthaltungen
Gemäß dem Verwaltungsvorschlag soll keine Ausweitung des vertraglichen Umfangs für den Second-Level-Support vorgenommen werden.	

4	Sportpauschale 2009; Beratung über nachträglich beantragte Beschaffungen	Drucksache Nr. BV/060/09
----------	---	------------------------------------

Herr Eggert spricht die umfangreichen Bedarfsanmeldungen der Schulen mit einem finanziellen Volumen von 25.500 € an. Vor dem Hintergrund der haushaltsrechtlichen Gegebenheiten würden Beschaffungen in derartigem Umfang als problematisch erachtet, auch werde deren Notwendigkeit zum Teil als zweifelhaft angesehen.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass der Ausschuss unterschiedliche Auffassungen vertritt. Einerseits wird die Notwendigkeit der Beschaffung einzelner Geräte als fraglich angesehen, andererseits könne dadurch jedoch ein vernünftiger Standard an Geräten geschaffen werden. Seit Jahren seien die vorhandenen Geräte nur repariert worden. Es liege die Befürchtung nahe, dass ohne derartige Beschaffungen künftig sonst nur ein eingeschränkter Unterricht stattfinden könne.

Herr Fernholz schlägt vor, den hälftigen zur Rücklagenzuführung vorgesehenen Betrag in Höhe von 17.500 EURO zusätzlich für die sofortige Beschaffung von Geräten einzusetzen, weist jedoch auf die Notwendigkeit einer plausiblen Begründung für die Freigabe dieses Betrages durch die Kommunalaufsicht hin.

Herr Alefelder stellt fest, dass es bei der Geräteausstattung durchaus einen Nachholbedarf gibt. Auf der anderen Seite würden allerdings die Mittel der Sportpauschale auch zur Umsetzung des PPP-Projekts benötigt. Er schlägt vor, die vorgelegte Beschaffungsliste für die Sportgeräte über einen Zeitrahmen von zwei bis drei Jahren abzuarbeiten.

Nach eingehender Diskussion wird dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden gefolgt. Für das weitere Vorgehen soll der Verwaltung seitens der Schulen jeweils ein Ansprechpartner benannt werden. Des Weiteren wird vereinbart, dass bei der nächsten Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung eine Besichtigung der Sportgeräte der 2-fach- und 3-fach-Sporthalle im Beisein von Fachlehrern der Gesamtschule erfolgen soll.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Vorbehaltlich der abschließenden Klärung der haushaltsrechtlichen Vorgaben sollen von der Sportpauschale 2009 zusätzlich zu den bereits bereitgestellten Mitteln weitere 17.500 EUR für Beschaffungsmaßnahmen verwendet werden. Die Rücklagenzuführung ist entsprechend zu reduzieren. Die Reihenfolge bzw. Details der Beschaffungen werde in gemeinsamer Absprache zwischen der Verwaltung und den Schulen festgelegt.	

5	Schülerbeförderung; Winterregelung	Drucksache Nr. BV/061/09
----------	---	------------------------------------

Herr Garn informiert, dass die Winterregelung in der Vergangenheit mehrfach in verschiedenen Gremien diskutiert wurde. Im Rahmen der Winterregelung erhalten Schülerinnen und Schüler bestimmter Ortschaften für die Monate Dezember bis Februar des Folgejahres einen Ersatz der Schülerbeförderungskosten, obwohl sie nach der Schülerfahrkostenverordnung nicht anspruchsberechtigt sind. Es handelt sich somit um eine freiwillige Ausgabe der Gemeinde, die seitens der Kommunalaufsicht nun hinterfragt wurde. Die von der Kreispolizeibehörde angeforderte Stellungnahme bezüglich einer etwaigen besonderen Gefährlichkeit der Schulwege hat ergeben, dass die Schulwege als nicht besonders gefährlich angesehen werden.

Herr Eggert teilt mit, dass somit letztmalig für den kommenden Winter 2009/2010 die Winterregelung zum Tragen komme.

Herr Meier stellt den Antrag, die Winterregelung zum Wohle der Kinder beizubehalten.

Der Ausschuss vertritt die Auffassung, dass es sich bei diesen Schulwegen aufgrund des Streckenverlaufs und der Dunkelheit in den frühen Morgenstunden sowie aufgrund des mangelnden bzw. teilweise gänzlich fehlenden Winterdienstes um besonders gefährliche Wege handelt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Aufgrund der Gegebenheiten werden die Schulwege als besonders gefährlich erachtet, so dass ein Kostenersatz im Rahmen der bestehenden Winterregelung künftig weiterhin zu gewähren ist. Die Verwaltung wird beauftragt, dies gegenüber der Aufsichtsbehörde zum Ausdruck zu bringen sowie zu beantragen, dass die Winterregelung beizubehalten ist und die diesbezüglichen Kosten als freiwillige Ausgaben weiterhin geleistet werden dürfen. An die daraufhin ergehende Entscheidung der Aufsichtsbehörde ist die Verwaltung künftig gebunden.	

6	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
----------	---------------------------------------	----------------

PPP-Projekt

Herr Eggert teilt dem Ausschuss mit, dass zum 05.06.2009 die EU-Ausschreibung vorgenommen wurde. Das Verfahren werde sich wegen der umfangreichen Prüfung durch die Kommunalaufsicht sowie der Erarbeitung weiterer Ausschreibungsunterlagen verzögern. Der Vertragsbeginn mit dem Investor sei, vorbehaltlich das keine weiteren Verzögerungen eintreten würden, für Juni 2010 vorgesehen.

Schießstände auf Schulgeländen

Herr Eggert informiert den Ausschuss darüber, dass der Städte- und Gemeindebund um Angaben zu Schießständen auf Schulgeländen gebeten habe.

Er teilt mit, dass die Schießanlage auf dem Grundstück der Gesamtschule alle zwei Jahre durch einen Sachverständigen überprüft werde und in einem ordnungsgemäßen Zustand sei. Die Schießanlage im Keller der Gesamtschule werde als reine Luftgewehranlage genutzt. Waffen und Munition würden nicht in der Anlage aufbewahrt. Des Weiteren seien die Räume vorschriftsmäßig gegen Einbruch gesichert. Verwaltungsseitig sehe man daher keinen Handlungsbedarf.

Zertifizierung Sportschule

Herr Krug gibt bekannt, dass der Gesamtschule gemeinsam mit den Kooperationspartnern Realschule Hepel und Realschule Nümbrecht die Zertifizierung „Partnerschule Leistungssport“ für die Dauer von zwei Jahren zuteil wurde.

Nutzung des Schulgeländes der Gesamtschule durch Jugendliche außerhalb des Schulbetriebs

Herr Krug berichtet über die Zustände auf dem Schulgelände außerhalb der Unterrichtszeit, verursacht durch Jugendliche. Der Ruf der Gesamtschule werde hierdurch nachhaltig geschädigt. Als Lösungsmöglichkeit schlägt Herr Krug die Errichtung eines Zaunes vor.

Herr Eggert erklärt, dass das Problem bekannt sei. Gespräche mit den Jugendlichen hätten in der Vergangenheit bereits stattgefunden, jedoch nicht den gewünschten Effekt erzielt. Es sei beabsichtigt, hier einen Streetworker einzubinden. Parallel dazu werde geprüft, welche Möglichkeiten es gebe, einen professionellen Ordnungsdienst einzusetzen.

Schlechter Straßenzustand, Schulgelände Gesamtschule

Herr Kramer bittet den Weg zu den Lehrerparkplätzen oberhalb des Schulgebäudes auszubessern. Die Schlaglöcher seien mittlerweile sehr ausgeprägt.

Vorsitzende/r:

Schriftführer/in:

Wilfried Fernholz

Petra Radermacher

Gesehen:

Hartwig Eggert